

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2005 — 945

[C — 2005/33020]

9. DEZEMBER 2004 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung verschiedener dienstrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, insbesondere des Artikels 11 § 1;

Auf Grund des Gesetzes vom 18. Februar 1977 zur Festlegung von Bestimmungen über den öffentlichen Rundfunk- und Fernsehdienst, insbesondere des Artikels 7 § 5;

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und vom 16. Juli 1993;

Auf Grund des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 19. Februar 1990, 16. Oktober 1995, 26. April 1999, 18. Oktober 1999 und das Programmdekret vom 23. Oktober 2000;

Auf Grund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, insbesondere Artikel 1, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998;

Auf Grund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere Artikel 24 § 1, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2000;

Auf Grund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes, insbesondere Artikel 1;

Auf Grund des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 28. Dezember 1994 über die Geschäftsordnung des Vertragspersonals für die Berufsausbildung des Gemeinschaftlichen und Regionalen Amtes für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung (FOREM);

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. April 2000, 18. Februar 2002, 18. November 2002, 20. Februar 2003 und 11. Dezember 2003;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 10. März 1999 zur Festlegung des administrativen und finanziellen Statuts des Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Auf Grund des Protokolls des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft Nr. S4/2004 vom 28. Mai 2004;

Auf Grund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 4. Juni 2004;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal erteilt am 10. Juni 2004;

Auf Grund der Beratung der Regierung über den Antrag auf Begutachtung durch den Staatsrat innerhalb einer Frist von höchstens einem Monat;

Auf Grund des Gutachtens Nr. 37.533/1/V des Staatsrates, das am 27. Juli 2004 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurden;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten zuständig für den Haushalt und das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

*KAPITEL I — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996
zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der beamteten*

Artikel 1 - Artikel 71 Absatz 7 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten wird aufgehoben.

Art. 2 - In Artikel 109 desselben Erlasses wird in der Tabelle die Zeile «Tod eines Verwandten des zweiten Grades, der nicht unter dem gleichen Dach lebt..... 1» durch die Zeile «Tod eines Verwandten des zweiten oder dritten Grades, der nicht unter dem gleichen Dach lebt..... 1» ersetzt.

Art. 3 - Artikel 110 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 110

Ein Beamter, der Blut oder Plasma spendet, hat Anrecht auf Urlaub am Tag der Spende oder am Tag nach der Spende. Die Höchstzahl der Urlaubstage beträgt pro Jahr insgesamt 4.»

Art. 4 - In Artikel 136 desselben Erlasses wird in Absatz 1 die Wortfolge «vor dem 10. Lebensjahr» durch die Wortfolge «vor dem 18. Lebensjahr» ersetzt.

KAPITEL II — *Abänderung des Erlasses der Regierung vom 10. März 1999 zur Festlegung des administrativen und finanziellen Statuts des Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Art. 5 - Artikel 103 des Erlasses der Regierung vom 10. März 1999 zur Festlegung des administrativen und finanziellen Statuts des Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 103

Ergänzend zum Jahresurlaub hat ein Personalmitglied Anrecht auf bezahlten Urlaub aus bestimmten Gründen gemäß folgender Tabelle:

Anlass	Anzahl Tage
Hochzeit des Personalmitgliedes	4
Niederkunft der Ehefrau/Lebensgefährtin	10
Tod des(r) Ehepartners(-in)/Lebensgefährten(-in), eines Elternteils oder eines Verwandten ersten Grades	4
Hochzeit eines Kindes	2
Hochzeit eines Elternteils oder Stiefelternteils, von Geschwistern oder Stiefgeschwistern, eines Enkelkindes	1
Tod eines Verwandten, der unter dem gleichen Dach lebt	2
Tod eines Verwandten zweiten oder dritten Grades, der nicht unter dem gleichen Dach lebt	1
Weihe oder Eintritt in ein Kloster eines Kindes des Beamten, eines Kindes seines Ehepartners (-in), seines Lebensgefährten (-in) oder jedes religiöse oder laizistische gleichgestelltes Ereignis	1
die heilige Kommunion eines Kindes des Beamten, eines Kindes seines Ehepartners(-in), seines Lebensgefährten(-in) oder jede religiöse oder laizistische gleichgestellte Zeremonie	1»

Art. 6 - Im selben Erlass wird ein Artikel 103.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 103.1

Ein Personalmitglied, das Blut oder Plasma spendet, hat Anrecht auf bezahlten Urlaub am Tag der Spende oder am Tag nach der Spende. Die Höchstzahl der Urlaubstage beträgt pro Jahr insgesamt 4.»

Art. 7 - Im selben Erlass wird ein Artikel 103.2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 103.2

Ein Personalmitglied, das Knochenmark spendet, hat Anrecht auf 4 Tage bezahlten Urlaub ab dem Tag der Spende.»

Art. 8 - Im selben Erlass wird ein Artikel 103.3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 103.3

Der Beamte hat Anrecht auf bezahlten Urlaub für die Dauer der Verpflichtung als Geschworener.

Wenn ein Beamter vor Gericht als Zeuge auftreten muss oder persönlich anwesend sein muss, hat er Anrecht auf bezahlten Urlaub für die nachweislich notwendige Dauer.

Der Beamte, der an einem Wahlvorstand teilnimmt, erhält einen bezahlten Urlaubstag am ersten Arbeitstag, der den Wahlen folgt.»

Art. 9 - Im selben Erlass wird ein Artikel 103.4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 103.4

Das Personalmitglied hat Anrecht auf fünf Tage bezahlten Urlaub im Jahr zur Betreuung eines kranken Familienangehörigen oder Lebensgefährten.

Der Grund des Urlaubs muss durch eine ärztliche Bescheinigung nachgewiesen werden.»

Art. 10 - Im selben Erlass wird ein Artikel 103.5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 103.5

§ 1 - Das Personalmitglied hat auf Anfrage Anrecht auf bezahlten Urlaub, wenn es ein Kind von weniger als zehn Jahren im Hinblick auf dessen Adoption oder Pflegschaft aufnimmt.

Der Urlaub beträgt höchstens vier oder sechs Wochen, je nachdem ob das Kind das Alter von drei Jahren erreicht hat oder nicht.

§ 2 - Die Probezeit ist während des Adoptionsurlaubs unterbrochen.

§ 3 - Im Falle einer Behinderung des adoptierten Kindes wird die Dauer des Urlaubs verdoppelt, wenn die Bedingungen zum Erhalt der Familienzulagen in Ausführung von Artikel 47 der koordinierten Gesetze bezüglich der Familienzulagen von Arbeitnehmern oder Artikel 26 des Königlichen Erlasses vom 8. April 1976 bezüglich des Familienbeihilfen für Selbständige erfüllt sind.»

Art. 11 - Im selben Erlass wird ein Artikel 103.6 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 103.6

Ein Personalmitglied im aktiven Dienst kann nach einer Geburt oder einer Adoption einen unbezahlten Elternschaftsurlaub in Anspruch nehmen.

Der Elternschaftsurlaub hat eine Laufzeit von drei Monaten und kann in einzelne Monate gestückelt werden. Er muss vor dem 18. Lebensjahr des Kindes genommen werden.»

KAPITEL III — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses

Art. 12 - In Artikel 2 § 1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses wird eine Nummer 3 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«3 - bei einer erneuten Einstellung eines Personalmitgliedes, dessen befristeter Vertrag ausläuft, unter der Voraussetzung, dass die neue Einstellung ohne Unterbrechung erfolgt.»

Art. 13 - In Artikel 12 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses wird ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Ein Vertragsbediensteter einer Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung kann nach insgesamt neun Jahren finanziellem Dienstalter in den in Artikel 1 angeführten Einrichtungen eine Entlohnung nach der Gehaltstabelle des zweiten Beförderungsdienstgrades derselben Laufbahn erhalten, sofern das Einverständnis der gemäß Artikel 3 § 1 zuständigen Einstellungsbehörde vorliegt, die zuvor Rücksprache mit dem Direktionsrat genommen hat.»

Kapitel IV — Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 28. Dezember 1994 über die Geschäftsordnung des Vertragspersonals für die Berufsausbildung des Gemeinschaftlichen und Regionalen Amtes für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung (FOREM)

Art. 14 - Artikel 21 § 2 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 28. Dezember 1994 über die Geschäftsordnung des Vertragspersonals für die Berufsausbildung des Gemeinschaftlichen und Regionalen Amtes für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung (FOREM) wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«§ 2 - Die jährlichen Grundtarife für die Mitglieder des Ausbilderpersonals sind auf folgende Beträge festgesetzt:

Ausbilder	€ 25.659,55
Hauptausbilder	€ 28.019,18
Koordinator	€ 30.219,86
intersektorieller Hauptkoordinator	€ 32.420,25
technischer Berater	€ 34.896,66

bei der Indexziffer 138,01.»

KAPITEL V. — Schlussbestimmungen

Art. 15 - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft mit Ausnahme von Artikel 14, der mit Wirkung vom 1. Dezember 2004 in Kraft tritt.

Art. 16 - Der Ministerpräsident, zuständig für das Personal und den Haushalt, wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 9. Dezember 2004

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden,

K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus,

B. GENTGES

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung,

O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport,

Frau I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2005 — 945

[C - 2005/33020]

9 DECEMBRE 2004. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone modifiant différentes dispositions statutaires concernant le personnel du ministère et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public, notamment l'article 11, § 1^{er};

Vu la loi du 18 février 1977 portant certaines dispositions relatives au service public de la Radiodiffusion et de la Télévision, notamment l'article 7, § 5;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 54, modifié par les lois des 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu le décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, modifié par les décrets des 19 février 1990, 16 octobre 1995, 26 avril 1999, 18 octobre 1999 et par le décret-programme du 23 octobre 2000;

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées), notamment l'article 1^{er}, modifié par le décret du 29 juin 1998;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E., notamment l'article 24, § 1^{er}, modifié par le décret du 14 février 2000;

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, notamment l'article 1^{er};

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 28 décembre 1994 portant règlement du personnel contractuel de la formation professionnelle de l'office communautaire et régional de la formation professionnelle et de l'emploi (FOREM);

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 avril 2000, 18 février 2002, 18 novembre 2002, 20 février 2003 et 11 décembre 2003;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 10 mars 1999 fixant le statut administratif et pécuniaire du personnel du « Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft » (Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone);

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public;

Vu le protocole n° S4/2004 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone du 28 mai 2004;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 4 juin 2004;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 10 juin 2004;

Vu la délibération du Gouvernement relative à la demande adressée au Conseil d'Etat pour qu'il rende un avis dans un délai d'un mois au plus;

Vu l'avis n° 37.533/1/V émis le 27 juillet 2004 par le Conseil d'Etat, en application de l'article 84, alinéa 1^{er}, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents*

Article 1^{er}. L'article 71, alinéa 7, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents est abrogé.

Art. 2. Dans de tableau de l'article 109 du même arrêté, la ligne « Décès d'un parent du second degré n'habitant pas sous le même toit..... 1 » est remplacée par « Décès d'un parent du deuxième ou troisième degré n'habitant pas sous le même toit 1 ».

Art. 3. L'article 110 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 110. L'agent qui fait un don de sang ou de plasma a droit à un congé le jour du don ou le lendemain. Le nombre maximal de jours de congé est de 4 par an au total. »

Art. 4. Dans l'article 136, alinéa 1^{er}, du même arrêté, le passage « l'âge de dix ans » est remplacé par « l'âge de dix-huit ans ».

CHAPITRE II. — *Modification de l'arrêté du gouvernement du 10 mars 1999 fixant le statut administratif et pécuniaire du personnel du « Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft » (Centre belge pour la Radiodiffusion-télévision de la Communauté germanophone)*

Art. 5. L'article 103 de l'arrêté du Gouvernement du 10 mars 1999 fixant le statut administratif et pécuniaire du personnel du « Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft » (Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone) est remplacé par la disposition suivante :

« Article 103. Outre les congés de vacances annuelles, l'agent a droit à des congés de circonstances payés conformément au tableau suivant :

Evénement	Nombre de jours
Mariage de l'agent	4
Accouchement de l'épouse/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement	10
Décès du conjoint, de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement ou d'un parent du 1 ^{er} degré	4
Mariage d'un enfant	2
Mariage d'un parent ou d'un beau-parent, de frères et soeurs, demi-frères et demi-soeurs ou d'un petit-enfant	1
Décès d'un parent habitant sous le même toit	2
Décès d'un parent du deuxième ou troisième degré n'habitant pas sous le même toit	1
Ordination ou entrée au couvent d'un enfant de l'agent, d'un enfant de son conjoint ou de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement ou tout événement religieux ou laïc assimilé	1
Communion solennelle d'un enfant de l'agent ou de son conjoint ou de la personne avec laquelle il vit maritalement ou toute cérémonie religieuse ou laïque assimilée	1

Art. 6. Dans le même arrêté est inséré un article 103.1 libellé comme suit :

« Article 103.1. L'agent qui fait un don de sang ou de plasma a droit à un congé payé le jour du don ou le lendemain. Le nombre maximal de jours de congé est de 4 par an au total. »

Art. 7. Dans le même arrêté est inséré un article 103.2 libellé comme suit :

« Article 103.2. L'agent qui fait un don de moelle osseuse a droit à quatre jours de congé payé à partir du jour du don. »

Art. 8. Dans le même arrêté est inséré un article 103.3 libellé comme suit :

« Article 103.3. L'agent a droit à un congé payé pour la durée de ses obligations en tant que juré.

Lorsqu'un agent est convoqué comme témoin devant une juridiction ou doit comparaître personnellement, il a droit à un congé payé pour la période nécessaire et justifiable.

L'agent membre d'un bureau de vote obtient un jour de congé payé le premier jour ouvrable suivant l'élection. »

Art. 9. Dans le même arrêté est inséré un article 103.4 libellé comme suit :

« Article 103.4. L'agent a droit à cinq jours de congé payé par an pour soigner un membre de sa famille malade ou la personne avec laquelle il vit maritalement.

Le motif du congé doit être attesté par un certificat médical. »

Art. 10. Dans le même arrêté est inséré un article 103.5 libellé comme suit :

« Article 103.5. § 1^{er}. L'agent a droit, à sa demande, à un congé payé lorsqu'il accueille un enfant de moins de dix ans en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse.

Le congé dure au plus quatre ou six semaines selon que l'enfant a ou non atteint l'âge de trois ans.

§ 2. Le stage est suspendu pendant le congé d'adoption.

§ 3. Lorsque l'enfant adopté est handicapé, la durée du congé est doublée si les conditions pour l'obtention des allocations familiales en vertu de l'article 47 des lois coordonnées relatives aux allocations familiales pour travailleurs salariés ou de l'article 26 de l'arrêté royal du 8 avril 1976 établissant le régime des prestations familiales en faveur des travailleurs indépendants sont remplies. »

Art. 11. Dans le même arrêté est inséré un article 103.6 libellé comme suit :

« Article 103.6. L'agent en activité de service peut, après la naissance ou l'adoption d'un enfant, obtenir un congé parental non payé.

Le congé parental a une durée de trois mois et peut être fractionné par mois. Il doit être pris avant que l'enfant n'ait atteint l'âge de dix-huit ans. »

CHAPITRE III. — Modification de l'arrêté du gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public

Art. 12. Dans l'article 2, § 1^{er}, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public est inséré un point 3° libellé comme suit :

« 3° lors du réengagement d'un membre du personnel dont le contrat à durée déterminée expire, à condition que le réengagement ait lieu sans interruption. »

Art. 13. Dans l'article 12 de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public est inséré un deuxième alinéa libellé comme suit :

« L'agent contractuel d'un service à gestion séparée peut, après neuf années d'ancienneté pécuniaire auprès des organismes mentionnés à l'article 1^{er}, obtenir une rémunération selon l'échelle de traitement liée au deuxième grade de promotion de la même carrière, dans la mesure où l'autorité compétente pour l'engagement conformément à l'article 3, § 1^{er}, a marqué son accord après avoir contacté le conseil de direction. »

CHAPITRE IV - Modification de l'arrêté du gouvernement de la Communauté germanophone du 28 décembre 1994 portant règlement du personnel contractuel de la formation professionnelle de l'office communautaire et régional de la formation professionnelle et de l'emploi (FOREm)

Art. 14. L'article 21, § 2, de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 28 décembre 1994 portant règlement du personnel contractuel de la formation professionnelle de l'office communautaire et régional de la formation professionnelle et de l'emploi (FOREm) est remplacé par la disposition suivante :

« § 2. Les barèmes annuels de base alloués aux membres du personnel pédagogique sont établis aux montants respectifs suivants :

à l'instructeur	€ 25.659,55
à l'instructeur principal	€ 28.019,18
au coordonnateur	€ 30.219,86
au coordonnateur principal intersectoriel	€ 32.420,25
au conseiller technique	€ 34.896,66
à l'indice 138,01. »	

CHAPITRE V. — *Dispositions finales*

Art. 15. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption, à l'exception de l'article 14, lequel produit ses effets le 1^{er} décembre 2004.

Art. 16. Le Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 9 décembre 2004.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,

K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,

B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,

O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports,

Mme I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2005 — 945

[C — 2005/33020]

9 DECEMBER 2004. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van verschillende statutaire bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en van de Parageenschappelijke inrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut, inzonderheid op artikel 11, § 1;

Gelet op de wet van 18 februari 1977 houdende de bepalingen betreffende de openbare Radio- en Televisiedienst, inzonderheid op artikel 7, § 5;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 19 februari 1990, 16 oktober 1995, 26 april 1999 en bij het programmadecreet van 23 oktober 2000;

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), inzonderheid op artikel 1, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 1998;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'S, inzonderheid op artikel 24, § 1, gewijzigd bij het decreet van 14 februari 2000;

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling, inzonderheid op artikel 1;

Gelet op het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 28 december 1994 houdende reglement van het contractueel personeel van de beroepsopleiding van de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling (FOREM/GRABA);

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 27 april 2000, 18 februari 2002, 18 november 2002, 20 februari 2003 en 11 december 2003;

Gelet op het besluit van de Regering van 10 maart 1999 tot vastlegging van het administratief en geldelijk statuut van het personeel van het « Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft » (Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap);

Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het protocol nr. S4/2004 van 28 mei 2004 van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 4 juni 2004;

Gelet op het akkoord van de Minister-Président, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 10 juni 2004;

Gelet op de beraadslaging van de Regering betreffende de aanvraag aan de Raad van State om binnen een termijn van ten hoogste één maand een advies uit te brengen;

Gelet op het advies nr. 37.533/1/V, gegeven op 27 juli 2004 door de Raad van State met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister-Président, bevoegd inzake Begroting en Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Wijziging van het besluit van de regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de duitstalige gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren

Artikel 1. Artikel 71, lid 7, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren wordt opgeheven.

Art. 2. In de tabel van artikel 109 van hetzelfde besluit wordt de lijn « Overlijden van een verwant in de tweede graad, niet onder hetzelfde dak wonend als de ambtenaar 1 » vervangen door « Overlijden van een verwant in de tweede of derde graad, niet onder hetzelfde dak wonend als de ambtenaar ».

Art. 3. Artikel 110 van hetzelfde besluit wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 110. Een ambtenaar die bloed of plasma geeft, krijgt verlof de dag zelf of de dag nadien. Het maximaal aantal verlofdagen beloopt 4 dagen per jaar in totaal ».

Art. 4. In Artikel 136, lid 1, van hetzelfde besluit wordt de passus « de leeftijd van 10 jaar » vervangen door « de leeftijd van 18 jaar ».

HOOFDSTUK II. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 10 maart 1999 tot vastlegging van het administratief en geldelijk statuut van het personeel van het « Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft » (Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap)*

Art. 5. Artikel 103 van hetzelfde besluit wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 103. Behalve het jaarlijks vakantieverlof heeft de ambtenaar recht op omstandigheidsverloven overeenkomstig de volgende tabel :

Gebeurtenis	Aantal dagen
Huwelijk van de ambtenaar	4
Bevalling van de echtgenote of van de persoon met wie de ambtenaar samenleeft	10
Overlijden van de echtgenoot, van de persoon met wie de ambtenaar samenleefde of van een verwant in de eerste graad	4
Huwelijk van een kind	2
Huwelijk van een ouder of stiefouder, van zusters of broeders, stiefbroeders of -zusters of van een kleinkind	1
Overlijden van een verwant die onder hetzelfde dak woont	2
Overlijden van een verwant in de tweede graad of derde graad, niet onder hetzelfde dak wonend als de ambtenaar	1
Priesterwijding of intreden in het klooster van een kind van de ambtenaar, van zijn echtgeno(o)t(e), of van de persoon met wie de ambtenaar op het tijdstip van de gebeurtenis samenleeft of elke andere gelijkaardige religieuze of vrijzinnige gebeurtenis	1
Plechtige communie van een kind van de ambtenaar, van zijn echtgeno(o)t(e), of van de persoon met wie de ambtenaar samenleeft, of elke andere gelijkaardige religieuze of vrijzinnige plechtigheid	1

Art. 6. In hetzelfde besluit wordt een artikel 103.1 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 103.1. Een ambtenaar die bloed of plasma geeft, krijgt bezoldigd verlof de dag zelf of de dag nadien. Het maximaal aantal verlofdagen beloopt 4 dagen per jaar in totaal »

Art. 7. In hetzelfde besluit wordt een artikel 103.2 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 103.2. Een ambtenaar die beenmerg afstaat, krijgt 4 dagen bezoldigd verlof vanaf de dag waarop het beenmerg wordt afgenomen. »

Art. 8. In hetzelfde besluit wordt een artikel 103.3 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 103.3. De ambtenaar heeft recht op bezoldigd verlof voor de duur van zijn verplichting als gezworene.

Indien een ambtenaar vóór een rechtbank als getuige moet optreden of persoonlijk aanwezig moet zijn, krijgt hij bezoldigd verlof voor de noodzakelijke en bewijsbare duur.

De ambtenaar die lid van een stembureau is, krijgt een bezoldigd verlofdag op de eerste werkdag volgend op de verkiezing. »

Art. 9. In hetzelfde besluit wordt een artikel 103.4 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 103.4. De ambtenaar heeft recht op vijf bezoldigde verlofdagen per jaar om een ziek gezinslid of de persoon met wie hij samenleeft te verzorgen.

De reden van het verlof wordt met een dokterattest gestaafd. »

Art. 10. In hetzelfde besluit wordt een artikel 103.5 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 103.5. § 1. De ambtenaar heeft op eigen verzoek recht op bezoldigd verlof als hij een kind beneden de 10 jaar opneemt met het oog op adoptie of pleegvoogdij.

Het verlof bedraagt hoogstens vier of zes weken naargelang het opgenomen kind de leeftijd van drie jaar al dan niet heeft bereikt.

§ 2. De proeftijd wordt tijdens het adoptieverlof onderbroken.

§ 3. Wanneer het opgenomen kind mindervalide is, wordt de duur van het verlof verdubbeld indien aan de voorwaarden wordt voldaan om kinderbijslag te genieten overeenkomstig artikel 47 van de gecoördineerde wetten betreffende de kinderbijslag van de loonarbeiders of artikel 26 van het koninklijk besluit van 8 april 1976 houdende regeling van de gezinsbijslag ten voordele van de zelfstandigen. »

Art. 11. In hetzelfde besluit wordt een artikel 103.6 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 103.6. Een ambtenaar in dienstactiviteit kan na een geboorte of adoptie een onbezoldigd ouderschapsverlof genieten.

Het ouderschapsverlof duurt drie maanden en mag in maanden gesplitst worden. Het moet worden genomen voordat het kind de leeftijd van 18 jaar heeft bereikt. »

HOOFDSTUK III. — Wijziging van het besluit van de regering van de duitstalige gemeenschap van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het ministerie van de duitstalige gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut

Art. 12. In artikel 2, § 1, lid 2, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut wordt een punt 3° ingevoegd, luidend als volgt :

« 3° bij een weerdienstneming van een personeelslid wier overeenkomst van een bepaalde duur vervalt, voor zover de weerdienstneming zonder onderbreking plaatsvindt. »

Art. 13. In artikel 12 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Na een geldelijke anciënniteit van negen jaar in totaal bij de in artikel 1 vermelde inrichtingen kan een contractueel personeelslid van een dienst met afzonderlijk beheer een bezoldiging verkrijgen overeenkomstig de weddeschaal verbonden aan de tweede bevorderingsgraad van dezelfde loopbaan, voor zover de overheid die krachtens artikel 3, § 1, bevoegd is voor de indienstneming haar toestemming geeft nadat zij contact heeft genomen met de directieraad. »

HOOFDSTUK IV. — Wijziging van het besluit van de regering van de duitstalige gemeenschap van 28 december 1994 houdende reglement van het contractueel personeel van de beroepsopleiding van de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling (FOREm/GRABA)

Art. 14. Artikel 21, § 2, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 28 december 1994 houdende reglement van het contractueel personeel van de beroepsopleiding van de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling (FOREm/GRABA) wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 2. De jaarlijkse basisbedragen van de weddeschalen toegekend aan de leden van het pedagogisch personeel zijn vastgesteld als volgt :

- instructeur	€ 25.659,55
- e.a. instructeur	€ 28.019,18
- coördinator	€ 30.219,86
- e.a. intersectorieel coördinator	€ 32.420,25
- technisch adviseur	€ 34.896,66

tegen het indexcijfer 138,01. »

HOOFDSTUK V. — Slotbepalingen

Art. 15. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen, met uitzondering van artikel 14 welk op 1 december 2004 uitwerking heeft.

Art. 16. De Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 9 december 2004.

Door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President, Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,
Mevr. I. WEYKMANS